



Ökologisch-
Demokratische
Partei

KV Karlsruhe

Für ein gemeinwohlorientiertes Karlsruhe

Kommunalwahlprogramm 2024 der
Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP)



Wer oder was ist eigentlich die ÖDP?

„Steht das Ö in eurem Parteinamen für Österreich?“ Diese Frage wird uns außerhalb unserer Hochburg Bayern häufig gestellt. Tatsächlich steht das „Ö“ aber für „Ökologisch“. Wir als **Ökologisch-Demokratische Partei** (ÖDP) setzen uns seit unserer Gründung im Jahr 1982 konsequent unter anderem für Ökologie, Demokratie, Familie, Abkehr vom Wachstumswahn und Firmenspendenfreiheit der Politik ein. Wir haben seit 2014 ein Abgeordnetenmandat im Europaparlament und außerdem nach aktuellem Stand über 500 kommunale Mandate, unter anderem auch in Baden-Württemberg einen Bürgermeister (Markus Hollemann in Denzlingen).

Unsere **außerparlamentarischen Erfolge** sind z.B. das Volksbegehren „Artenvielfalt – Rettet die Bienen“, das wir in Bayern initiiert haben. Auch haben wir den bayrischen Volksentscheid „JA zum Nichtraucherschutz“ initiiert, mit dem ein konsequentes Rauchverbot in Restaurants, Gaststätten, Festzelten usw.¹ eingeführt wurde. Außerdem haben wir 2000 das erfolgreiche Volksbegehren „Kein neues AKW in Bayern“ gestartet, mit dem wir fünf neue Atomkraftwerke verhindert haben.

Als einzige deutsche Partei haben wir in unserer Satzung geregelt, dass wir **keinerlei Firmenspenden** annehmen. Nach unserer Überzeugung braucht Politik Unabhängigkeit von Firmen und Interessensverbänden, um sich nicht einseitig abhängig zu machen. Die ÖDP steht für diese Unabhängigkeit, Sachorientierung und eine Politik der Vernunft!

Unsere Vision für Karlsruhe 2035

Im Jahr 2035 ist Karlsruhe eine klimaneutrale Stadt, in der die Bürgerinnen und Bürger von den Vorteilen der Klimaneutralität profitieren: Strom und Wärme sind günstiger, die Stadt ist grüner (mehr gesunde Pflanzen statt verdorrter Wiesen), Mobilität leichter möglich. Es gibt viele Orte im öffentlichen Raum, an denen man sich attraktiv aufhalten kann. Auch die Nahversorgung mit Lebensmitteln wurde verbessert und die Menge an Verpackungsmüll ist deutlich zurückgegangen. Nicht zuletzt wurde ausreichend bezahlbarer Wohnraum geschaffen und zeitgleich die Flächenversiegelung gestoppt!

Mit anderen Worten: in Karlsruhe kann man wieder **bezahlbar und attraktiv wohnen!**

Die **Verkehrssituation** hat sich in den letzten Jahren gewandelt: Fuß- und Radverkehr wurden aufgewertet und das Wegenetz wurde ausgebaut und vom Autoverkehr getrennt, weshalb die Anzahl der Unfälle in den letzten Jahren deutlich abgenommen hat. Es sind weniger Autos in der Stadt als noch vor zehn Jahren, die Leute von außerhalb nutzen nun vermehrt entweder Radfernwege oder den günstigeren und besser ausgebauten ÖPNV, der ein einfacheres Tarifsystem hat und mit dessen Tickets

¹ Weitere Erfolge der ÖDP sind unter <https://www.oedp.de/partei/geschichte/erfolge> zu finden.

man auch ohne weiteren Aufwand Leihfahrräder und E-Scooter benutzen kann. Ein klarer Gewinn für alle!

Karlsruhe hat seit 2024 auch viele Fortschritte beim Thema **Wasserpolitik** gemacht. Der Grundwasserspiegel hat sich stabilisiert, weshalb die Natur nicht mehr so schnell austrocknet. Und gleichzeitig wurden Maßnahmen zur Reduzierung von Hochwasserschäden getroffen. Karlsruhe hat sich hier gut an die durch den Klimawandel geänderten Bedingungen angepasst und ist gut für die Zukunft gewappnet.

Durch kluge Politik hat die Stadt Karlsruhe für einen Ausbau der **Biolandwirtschaft** gesorgt. Außerdem werden Ackerflächen nun doppelt, nämlich zum Anbau von Feldfrüchten und zur Stromgewinnung – genutzt. Flächenfressende Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen sind hingegen zurückgegangen. Landwirte arbeiten nun nicht mehr ständig am Existenzminimum, sondern werden auch für ihre Leistungen, die sie für die Natur erbringen, vergütet. Damit fällt ihnen die Wahl leichter, sich von einer agrar-industriellen Landwirtschaft zu verabschieden. Dadurch wurde auch der Artenschutz berücksichtigt. Es gibt wieder mehr Insekten, den Bienen geht es gut, es gibt Hecken als Lebensräume für Feldhasen, Vögel und andere Tierarten.

Auch **für Familien** hat sich die Situation deutlich gebessert. Neben den bezahlbaren Wohnungen sind hier vor allem die Verbesserungen im Bildungs- und Erziehungsbereich wichtig. Die Bildungsorte spiegeln jetzt wider, dass Bildung einen hohen Stellenwert hat. Es gibt saubere Toiletten und die Gebäude wurden insgesamt saniert und mit Grünanlagen verschönert. Außerdem gibt es mittlerweile mehr Personal in den Kindertagesstätten, wodurch sowohl die Betreuung als auch die Arbeitssituation besser sind und Personal und Kinder sowie deren Eltern zufriedener und glücklicher sind. Für Jugendliche stehen ebenfalls ausreichend Betreuungsangebote zur Verfügung. Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft und werden von der Stadtpolitik auch endlich so behandelt.

Die **ärztliche Versorgung** ist wohnort- und zeitnah sichergestellt. Dabei gibt es vor allem auch Unterstützung für mobilitätseingeschränkte Personen. Auch die Situation in der **Pflege** hat sich verbessert.

Die **Politik in der Stadt** ist deutlich **transparenter, bürgernäher und unabhängiger** als dies zuvor der Fall war. Mittlerweile dürfen die im Gemeinderat vertretenen Parteien keine Parteispenden mehr von Unternehmen und Interessensverbänden annehmen. Außerdem werden Interessenskonflikte öffentlich benannt und alle Informationen aus Gemeinderatssitzungen öffentlich zur Verfügung stellt, solange dem nicht der Schutz der Privatsphäre und Schutzbedürfnisse Einzelner entgegenstehen. Bürgerinnen und Bürger werden häufiger und früher in Entscheidungsprozesse eingebunden und ihre Sorgen ernst genommen. Außerdem kommen in gelosten Bürgerräten unterschiedliche Menschen und Perspektiven zusammen, um gemeinsame Lösungen für anstehende Fragen und Probleme zu finden. Auch die Bürgervereine werden stärker eingebunden. Trotz zunehmender Digitalisierung in der Verwaltung stehen auch analoge

Verwaltungsprozesse und Möglichkeiten zur Verfügung. Es wird niemand gezwungen, alles digital zu erledigen.

Neugierig geworden? Dann lesen Sie gerne weiter in unserem Programm, wie wir das umsetzen wollen! Oder sprechen Sie uns gerne an!

Internet: www.oedp-kartlsruhe.de

E-Mail: info@oedp-karlsruhe.de (Kreisvorsitzender Eike Zimpelmann)

Facebook: <https://www.facebook.com/OEDP.Karlsruhe>

Inhaltsverzeichnis

Mobilitätswende	6
Energieversorgung und Energiewende	12
Lebenswert und bezahlbar wohnen	17
Rettet unser Wasser	21
Ökologische Landwirtschaft und Artenschutz, Forstwirtschaft und Jagd	23
Bildung und Erziehung	26
Gesundheit und Pflege	27
Politik in der Stadt – bürgernah, transparent und unabhängig	28

Mobilitätswende

Wir betrachten das Thema Mobilität ganzheitlich und wollen vor allem klimafreundliche Fortbewegungsmittel fördern. Dabei sehen wir die zugehörige Infrastruktur als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die ÖDP steht für eine zukunftsfähige, multimodale Mobilität, bei der die unterschiedlichen Verkehrsmittel derart ineinandergreifen, dass man stets das am Besten geeignete Verkehrsmittel verwenden kann.

Radverkehr

Radfahren ist eine grundsätzlich gesunde und gut verträgliche Fortbewegungsart besonders innerhalb der Stadt.

Deshalb fordert die ÖDP:

- **Ausbau der Radwege, z.B. bauliche Trennung von Fahrradwegen und Straßen.**

Erläuternder Text: Bauliche Trennung ist wichtig (Bordsteine, Pfosten, komplette Trennung, ganze Straßen als Fahrradstraßen)

z.B. Deutliche Markierung von Radwegen auf Straßen. Hier ist besonders wichtig, dass Klarheit hergestellt wird, dass nicht Fahrräder gnadenhalber auf der Autostraße fahren, sondern dass sie gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer sind. Dies wird zum Beispiel aufgrund der Breite und der roten Markierung deutlich. Insbesondere für Kreuzungen muss der Radverkehr konsequent und durchgängig mitgedacht und eingeplant werden.

- **Gerade auf den Hauptachsen sollten Fahrradwege nicht unvermittelt aufhören und der Radverkehr auf die Autostraße geleitet werden (wie z.B. in der Lameystraße in Richtung Entenfang).**

Erläuternder Text: Die ÖDP setzt sich für eine Aufwertung des Radverkehrs ein.

Wir fordern eine Entkopplung des Rad- und Autoverkehrs. Deshalb sollen Radwege vor allem auf den Hauptachsen durchgängig sein. Wo dies nicht anders möglich ist, ist frühzeitig auf das Ende des Radweges hinzuweisen und die Verkehrsführung für alle deutlich zu machen.

Sowohl für Rad- als auch Autofahrer ist hier Klarheit ein wichtiges Gut. Ein unvermitteltes Aufhören von Radwegen führt automatisch zu gefährlichen Situationen, wenn Autofahrer dies nicht wissen und mit einscherenden Radlern konfrontiert sind, oder wenn Radfahrer merken, dass sie sich plötzlich in den fließenden Verkehr einordnen müssen. Das muss im Sinne eines sichereren Verkehrs geändert werden.

- **Der Belag von Fahrradwegen und Fahrradstraßen muss gut befahrbar sein. Fahrradwege dürfen keine „Holperpisten“ sein.**

Erläuternder Text: Holperpisten sind unattraktiv und werden nicht angenommen.

Es ist unmittelbar klar, dass sich der Benutzer/die Benutzerin der Infrastruktur einen Weg wählt, der gut zu befahren ist. Im schlimmsten Fall werden dann

andere Verkehrsmittel wie z.B. Autos gegenüber dem Radfahren bevorzugt. Wenn Radwege zum Beispiel durch Baumwurzeln aufgesprengt werden, muss dies umgehend wieder instandgesetzt werden.

Durch die besser erhaltenen Radwege soll das Radfahren auch attraktiver und der höhere Stellenwert des Radfahrens deutlich werden.

- **Fahrradstraßen sollten möglichst durchgängig sein, beim Queren von anderen Straßen sollen Fahrräder weitgehend Vorfahrt haben.**

Erläuternder Text: Radwege haben nicht viel Sinn, wenn man nach wenigen Dutzend Metern wieder anhalten muss. Insbesondere wo die gute Idee einer Fahrradstraße den Radverkehr kanalisieren soll, muss dies auch attraktiv für Fahrräder sein, das heißt an diesen Stellen muss Fahrrädern eine höhere Priorität eingeräumt werden als Autos. Im Idealfall wird dies auch dazu führen, dass sich die Verkehrsmittel ein Stück entflechten, und für alle Verkehrsteilnehmer der Eindruck von gut befahrbaren Strecken entsteht.

- **Radwege und Parkstreifen müssen so angelegt sein, dass das „Dooring“-Risiko minimiert und langfristig ausgeschlossen wird.**

Erläuternder Text: „Dooring“, die Kollision von Fahrrädern mit Autotüren entsteht vor allem, wenn es Pkw-Parkplätze gibt, bei denen sich die Autotüren direkt neben dem Radweg befinden. Natürlich schreibt die Verkehrsregel den Schulterblick vor, aber oft erfolgt er eben doch nicht, und wenn dann kein Platz oder keine Zeit zum Ausweichen da ist kommt es eben zur Kollision.

- **Einführung des Grünpfeil-Schildes (rechts abbiegen trotz roter Ampel mit entsprechender Sorgfalt) für den Radverkehr an allen Ampeln in Karlsruhe, an denen es rechtlich möglich ist**

Erläuternder Text: Das ist für Fahrräder ohnehin leichter möglich als für Autos. Der finanzielle Aufwand ist gering, die Akzeptanz von roten Ampeln durch Radfahrer wird steigen.

- **Radfahrerampeln in Wohngebieten sollen standardmäßig auf grün stehen und erst dann wechseln, wenn sich ein Auto nähert.**

Erläuternder Text: In Wohngebieten sollen Radfahrer Vorrang haben und das soll sich auch in der Bevorzugung bei den Ampeln widerspiegeln. Es ist in unseren Augen nicht sinnvoll, Radfahrer im Wohngebiet durch unnötige Wartezeiten auszubremsen. Zudem trägt die Ampelschaltung auch zu einer niedrigeren Geschwindigkeit von Pkws bei, was die Sicherheit der Fußgänger und Radfahrer sowie insbesondere auch die Sicherheit spielender Kinder erhöht. Haupttrassen des Pkw-Verkehrs (Magistralen) sind von dieser Regelung ausgenommen, da dies zu mehr Staus und Abgasen führen würde.

- **Entkopplung des Rad- und Fußverkehrs zulasten des Autoverkehrs.**

Erläuternder Text: Gehwege, die für die gemeinsame Nutzung durch Radfahrer und Fußgänger ausgewiesen sind sorgen immer wieder für Streit. Dabei ist es oft so, dass es zu wenig Raum für beide gibt. Für Autos gibt es oft viel Platz, einfach aus der Geschichte. Wenn Radwege separat markiert werden wird es weniger Ärger zwischen den beiden umweltverträglichsten Fortbewegungsarten geben.

Der umweltschädlichere Verkehrsteilnehmer muss dann auf einen Teil des Komforts verzichten.

Als **Leuchtturmprojekte** wollen wir Folgendes angehen:

- Die Kaiserallee soll so umgestaltet werden, dass eine Seite komplett für Fahrräder vorgesehen ist. Dabei soll es nach Fahrtrichtung getrennte Fahrstreifen geben. Die andere Seite der Kaiserallee soll dem Pkw-Verkehr erhalten bleiben, allerdings mit nur je einem Streifen pro Fahrtrichtung.
- Die Sophienstraße soll für den Autoverkehr gesperrt werden. Bei den Querungen der anderen Straßen hat das Fahrrad Vorfahrt

Fußverkehr

Wenn von Verkehr die Rede ist, wird der Fußverkehr häufig vergessen. Dabei ist das die natürlichste Art der Fortbewegung und eine der gesündesten dazu. Außerdem kostet sie keinerlei Energie. Der Fußverkehr ist also zu fördern.

Die ÖDP fordert:

- **Fußgängerampeln, sollen in Wohngebieten standardmäßig auf grün stehen und erst dann auf rot schalten, wenn sich ein Auto nähert.**

Erläuternder Text: In Wohngebieten sollen Fußgänger Vorrang haben und das soll sich auch in der Bevorzugung bei den Ampeln widerspiegeln. Es ist in unseren Augen nicht sinnvoll, Fußgänger im Wohngebiet durch unnötige Wartezeiten auszubremsen. Zudem trägt die Ampelschaltung auch zu einer niedrigeren Geschwindigkeit von Pkws bei, was die Sicherheit der Fußgänger erhöht. Haupttrassen des Pkw-Verkehrs (Magistralen) sind von dieser Regelung ausgenommen, da dies zu mehr Staus und Abgasen führen würde.

- **Wo Fahrradwege sind, sollten auch Fußwege sein.**

Erläuternder Text: Auch Fußgänger sind Menschen und versuchen ihre Wege zu optimieren. Wenn sie Umwege machen müssten, aber ein Radweg den besseren Weg verspricht, wird das dazu führen diesen zu benutzen. Also muss der Fußgänger wie der Radfahrer konsequent mitgedacht werden.

- **Entkopplung des Rad- und Fußverkehrs zulasten des Autoverkehrs. Gemischte Fahrrad- und Fußgängerwege sollen möglichst vermieden werden.**

Erläuternder Text: Gehwege, die für die gemeinsame Nutzung durch Radfahrer und Fußgänger ausgewiesen sind sorgen immer wieder für Streit. Dabei ist es oft so, dass es zu wenig Raum für beide gibt. Für Autos gibt es oft viel Platz, einfach aus der Geschichte. Wenn Radwege separat markiert werden wird es weniger Ärger zwischen den beiden umweltverträglichsten Fortbewegungsarten geben. Der umweltschädlichere Verkehrsteilnehmer muss dann auf einen Teil des Komforts verzichten.

ÖPNV

Der ÖPNV ist grundsätzlich gegenüber dem automobilen Individualverkehr attraktiver zu machen. Dazu soll der ÖPNV barrierefrei, einfach unkompliziert und günstig sein.

Die ÖDP fordert:

- **Einwirken auf Verkehrsbetriebe und Verkehrsverbund, dass diese ihre Tickets auf andere Verkehrsmittel (Mieträder, E-Scooter) ausweiten. Die KVV-App soll erweitert werden.**

Erläuternder Text: Die KVV-Tickets gelten derzeit nur für den ÖPNV. Dabei kann mit diesen Verkehrsmitteln nicht immer die ganze Strecke zurückgelegt werden. Wenn die Busse und Bahnen den Menschen nicht bis zur Haustür bringen können, es aber noch Möglichkeiten gibt (Mieträder, E-Scooter...) dann sollen diese im Ticket inbegriffen sein. Dadurch wird die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs erhöht, weil dann auch abgelegene Ziele erreicht werden können. Der KVV biete in seiner App bereits das Buchen von E-Scootern an und verleiht auch Fahrräder (kvv.nextbike). Hier sollten aber in Zukunft keine weiteren Kosten mehr anfallen. Auf jeden Fall sollten die zusätzlichen Verkehrsmittel über die gleiche App buchbar sein.

- **Einwirken auf Verkehrsbetriebe, dass die Tickets günstiger werden. Die Finanzierung des ÖPNV ist eine öffentliche Aufgabe.**

Erläuternder Text: Subventionen in den Verkehr sollen möglichst vielen zu Gute kommen, und insbesondere den Menschen, die sich umweltbewusst verhalten. Die Umwidmung von Geldern für den Straßenausbau in den ÖPNV kann die Preise senken und Bus und Bahn attraktiver machen. Streckenausbau muss nicht notwendig über Ticketpreise finanziert werden, Straßen werden auch nicht von der Kfz-Steuer bezahlt.

- **Einwirken auf Verkehrsbetriebe, dass das Tarifsystem einfacher und gerechter wird:**
 - **so soll automatisch der beste Preis berechnet werden (z.B. Check-in-Check-out-System mit aufladbarer Kundenkarte als eigene Karte oder auf dem Smartphone). Dadurch sind auch Luftlinien-Tarife ohne Smartphone und KVV-App möglich.**

Erläuternder Text: Sich vorher für ein Ticket entscheiden zu müssen, ist ungünstig und vergrault Kundschaft. Viele Fahrgäste sind verärgert, wenn sie spontan doch entscheiden, einmal häufiger oder weniger häufig zu fahren und dann ein falsches Ticket gekauft haben. Sich keine Gedanken über den Tarif machen zu müssen ist hingegen komfortabel. Luftlinien-Tarife und die Bestpreisberechnung müssen auch ohne App und Mobiltelefon funktionieren. Auch das gehört zu Barrierefreiheit. Alle Menschen müssen mitgenommen werden und den ÖPNV einfach, unkompliziert und flexibel nutzen können. Dieses System wird weltweit in vielen Städten bereits eingesetzt.

- **Uniforme Ticketpreise, also z.B. einen Tarif in der Stadt und einen für Langstrecke. Damit werden dann auch Fahrten aus entfernteren Gemeinden attraktiver.**
- **Einzelfahrscheine und Tageskarten sollen erhalten werden (auch ohne Kundenkarte). So können auch Besucher der Stadt/des Landkreises einfach den ÖPNV benutze**

Autoverkehr

Wir wollen den Verkehr in der Stadt so umgestalten, dass die Menschen attraktive Alternativen zum Auto haben und diese bevorzugt nutzen. Dadurch soll die Stadt von Autoverkehr entlastet werden und letztlich alle profitieren.

Die ÖDP fordert:

- **Parken in der Stadt muss teurer werden.**
Erläuternder Text: Parken muss teurer werden (auch Anwohnerparken), da dadurch Platz verbraucht wird, der ansonsten allen zugute käme (z.B. Naherholungszwecke, Bäume für saubere Luft, Reduktion der Asphaltmenge, damit besseres Stadtklima). Da einige Quartiersparkhäuser der Stadt gehören, kann die Stadt auch Mindestpreise vorgeben, die von den bewirtschaftenden Unternehmen vorgesehen werden müssen. Die Leute brauchen aber eine günstige und attraktive Alternative (ÖPNV und Radverkehr)!
- **Einrichten eines Förderprogramms bei der langfristigen Abmeldung eines Autos (500 € Prämie für ÖPNV oder Anschaffung eines E-Bikes)**
Erläuternder Text: Wir orientieren uns hier an der Gemeinde Denzlingen, in der dies von einem ÖDP-Bürgermeister umgesetzt und mit Begeisterung angenommen wurde. Die Kommune kann hier steuernd eingreifen und zum Verzicht auf das Auto ermutigen. Manche Bürger und Bürgerinnen haben vielleicht noch gar nicht erlebt, dass es ohne Auto geht. Hier geht es darum auch einen positiven Anreiz zu setzen.
- **Einführung eines generellen Tempolimits von 30 km/h in der Stadt. Ausnahmen für einige Hauptverkehrsachsen mit Tempo 50-60.**
Erläuternder Text: In Wohngebieten gilt oft schon Tempo 30, und es funktioniert auch. Die Magistralen sollen immer noch mit höherem Tempo befahrbar sein. Insbesondere wenn Radwege gut ausgebaut werden ist eine Reduzierung der Geschwindigkeit im Sinne des sicheren Fahrens aller ein wichtiger Punkt.
- **Ampelschaltung: grüne Welle bei reduzierter Geschwindigkeit. Das sollte durch Schilder kundgetan werden (z.B. „Grüne Welle bei 40 km/h“).**
Erläuternder Text: Auch hier kann umweltfreundliches Verhalten belohnt werden. Wenn klar ist, bei welchem Tempo die Strecke ohne Ampelwartezeiten bewältigt werden kann, wird es für viele ein Anreiz sein sich auch so zu verhalten. Weniger Wartezeiten sind für alle attraktiv.
- **Es sind rechtliche Möglichkeiten zu prüfen, spezielle SUV-Parkplätze einzurichten, die dann breiter und teurer sind.**
Erläuternder Text: Parkplätze werden noch markiert, wie zu Zeiten als Autos 20 cm

schmäler waren. Das sorgt für Ärger wenn für große Autos keine großen Plätze zu Verfügung stehen und diese im Extremfall zwei Parkplätze blockieren. SUV-Parkplätze können entsprechend breit markiert werden und entsprechend teurer werden. Wer dann doch auf dem „billigen“ schmalen Parkplatz parkt, muss dann aber auch empfindlich zur Rechenschaft gezogen werden. Insbesondere nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu den Parkgebühren in Freiburg ist hier eine genaue Prüfung unerlässlich. Wenn rechtskonforme Möglichkeiten gefunden werden, sind diese selbstredend auch umzusetzen.

- **Das Halten und Parken auf Fahrradwegen und über die Linien von Parkplätzen hinaus ist regelmäßig zu kontrollieren und zu ahnden.**

Erläuternder Text: Das Halten und Parken auf Fahrradwegen sind ein großes Ärgernis und Risiko für Radfahrer, die dann in den Autoverkehr ausweichen müssen. Deshalb ist dies streng zu kontrollieren und zu ahnden. Gegebenenfalls ist hierfür der Kommunale Ordnungsdienst aufzustocken und/oder eine Meldestelle/-hotline einzurichten.

E-Scooter und Leihfahrräder

E-Scooter und Leihräder sind grundsätzlich eine schöne Ergänzung zu den anderen Verkehrsmitteln, die es z.B. ermöglichen die Strecke zwischen Wohnung und ÖPNV zurückzulegen.

Die ÖDP fordert:

- **E-Scooter sind außerhalb der Innenstadt nicht auf zentrale Abstellplätze zu beschränken. Die Stärke dieses Verkehrsmittels liegt gerade darin, den Weg von der Bus- oder Bahnhaltestelle zum endgültigen Reiseziel zurückzulegen. Diese Stärke muss genutzt werden. Es käme ja auch niemand auf die Idee, das Abstellen von Fahrrädern an allen möglichen Stellen zu verbieten, auch wenn diese ebenfalls oftmals unachtsam abgestellt werden.**
- **Dennoch ist es ein Problem, dass E-Scooter häufig unachtsam abgestellt oder gar hingeworfen werden. Dem ist dadurch zu begegnen, dass diejenigen Personen, die E-Scooter nutzen, zu dokumentieren haben, dass das Fahrzeug richtig abgestellt wurde. Es dürfen nur noch Anbieter im Gebiet der Kommune tätig werden, die eine Verpflichtung hierfür vorsehen.**
- **Derzeit werden E-Scooter regelmäßig von Lkws abgeholt und zur zentralen Ladestation gebracht. Dadurch wird unnötiger Verkehr erzeugt. Stattdessen sollen die E-Scooter-Hubs so ausgebaut werden, dass dort auch geladen werden kann.**
- **Beim Zurückbringen sollen die Benutzer der E-Scooter einen Bonus erhalten.**
- **Zudem sollen seitens der Kommune Vorgaben gemacht werden, dass für das darüber hinaus gehende notwendige Einsammeln der E-Scooter nur Elektrofahrzeuge verwendet werden dürfen.**
- **E-Scooter müssen sich als Geschäftsmodell selbst tragen. Die Subventionierung ist sofort einzustellen.**

Umstellung des städtischen Fuhrparks

Der städtische Fuhrpark ist in absehbarer Zeit vollständig auf Elektro- und wo nötig Wasserstofffahrzeuge umzustellen.

Energieversorgung und Energiewende

Raus aus den Fossilen!

Die Verbrennung fossiler Energieträger trägt wesentlich zum Klimawandel und zu Gesundheitsschäden bei. Deshalb fordert die ÖDP:

- **Definitive Beendigung der Kohleverstromung im Rheinhafen-Dampfkraftwerk bis 2028 wie angekündigt.**

Erläuternder Text: Die EnBW hat angekündigt, bis 2028 die Stromerzeugung aus Kohle im Rheinhafen-Dampfkraftwerk (RDK) zu beenden. Wir fordern die Einhaltung dieser Ankündigung. Eine Kündigung der Kühlwassergenehmigung ist zu prüfen für den Fall, dass sich die Pläne von EnBW erneut ändern.

- **Kein Fuel Switch beim RDK**

Erläuternder Text: Wir fordern, dass von einem „Fuel Switch“ abgesehen wird. Ein Wechsel auf Erdgas ist nicht mit den Nachhaltigkeitszielen vereinbar. Stattdessen ist die Erzeugung regenerativer Energie auszubauen.

- **Ende der Gasverfeuerung für die Fernwärme**

Erläuternder Text: Derzeit werden in Karlsruhe etwa 21 % der Fernwärme durch Verfeuerung von Erdgas und 18 % durch den Betrieb des Rheinhafen-Dampfkraftwerks (Kohle) erzeugt. Das ist weder klimafreundlich noch wirtschaftlich. Dieser Anteil muss zwingend zeitnah durch regenerative Wärmeerzeugung ersetzt werden. Weitere Details zur Fernwärme s. Unterkapitel „Wärmeversorgung“

Elektrische Energiewende

Regenerative Energien müssen ausgebaut werden. Wir setzen bei der elektrischen Energieerzeugung auf einen Mix aus Photovoltaik, Windenergie und Speichersystemen. Dies wird ergänzt um Blockheizkraftwerke. Dabei ist ein Verzicht auf klimaschädliche Stoffe aller Art zwingend.

Deshalb fordert die ÖDP:

- **alle kommunalen Gebäude sind mit PV-Anlagen inkl. Speicher auszustatten.**
Erläuternder Text: Die Stadt soll nun schnellstmöglich die Vielzahl der Gebäude mit PV ausstatten, dies ist für eigene Gebäude ohne große Hürden möglich und bedeutet ein weiterer Schritt zur Klimaneutralität.
- **Parkplätze sowie Haltestellen des ÖPNV sind mit PV-Anlagen zu überdachen.**

Erläuternder Text: Parkplätze und Haltestellen sind eine beträchtliche Flächenressource für den Bau von größeren Photovoltaikanlagen und sollten deshalb nicht ungenutzt bleiben.

- **Die Straßenränder kommunaler Straßen sind mit Photovoltaikanlagen zu versehen.**

Erläuternder Text: Sofern baulich möglich und dann keine eingeschränkte Nutzung (z.B. Fahrradwege) vorliegt. Die Kommunen sollen auf die Ausweitung auf überregionale Straßen einwirken.

- **Möglichkeiten für Agri-Photovoltaik (Doppelnutzung Landwirtschaft und Stromerzeugung) sind zu prüfen und auszubauen.**

Erläuternder Text: Hier sind vernünftige Fördermaßnahmen zu erarbeiten. Da diese Nutzung so langsam in Gang kommt soll die Stadt durch Informationen zu diesem Thema die Verbreitung und Akzeptanz zusätzlich fördern. Evtl. ist es hilfreich durch ein passendes Vorzeigeprojekt aus kommunalen Mitteln die Verbreitung zu forcieren.

- **Es sind weitere Windkraftwerke auf dem Gebiet der Kommune zu errichten.**

Erläuternder Text: Die Stadt sollte prüfen wo bei den derzeitigen strengen Regelungen noch Windkraftanlagen zu errichten wären, sie sollte auch darauf drängen die Regeln wieder sachlich und vernünftig zu verändern. Neue Windkraftanlagen sollten als Bürgerwindpark konzipiert werden um die Akzeptanz zu erhöhen.

- **Für PV geeignete Dachflächen die nicht selbst genutzt werden sollen unkomplizierter von Investoren genutzt werden können.**

Erläuternder Text: Es gibt in der Stadt unzählige große Dachflächen die sehr gut geeignet sind um Photovoltaikanlagen zu installieren, da Eigentümer aus verschiedenen Gründen diese Investition nicht tätigen möchten wären sinnvolle Anreize erstrebenswert um dies doch zu ermöglichen. Wir brauchen nun einmal alle möglichen Ressourcen um Klimaneutral zu werden.

- **Die Kommune soll prüfen ob sie Energiepartnerschaften mit Partnerstädten an Orten schließt, wo ein deutlich höherer Energieertrag zu erwarten ist.**

Erläuternder Text: Im Rahmen der Energiepartnerschaften sollen Energieprojekte in Ländern gefördert werden, in denen diese hocheffizient erzeugt werden kann (z.B. Wasserstoffherzeugung durch PV-Anlagen in sonnenreichen Gebieten). Die Projekte sind so auszugestalten, dass beide Kommunen davon profitieren und sich hin zu nachhaltiger Energieversorgung entwickeln. Eine Ausbeutung von Städten in ärmeren Ländern darf dadurch nicht erfolgen.

- **Die Ausschreibung von Windkraftwerken ist darauf auszurichten, dass nur Windräder ohne klimaschädliches SF6 installiert werden dürfen.**

- **Blockheizkraftwerke sollen eine Ergänzung zur elektrischen Energieversorgung aus den anderen Mitteln darstellen. Sie sollen vor allem im Winter, wenn die von ihnen erzeugte Wärmeenergie und mehr elektrische Energie für Beleuchtung benötigt wird, zugeschaltet werden.**

Erläuternder Text: Blockheizkraftwerke haben einen hohen Wirkungsgrad, wenn Wärme und Strom gleichermaßen benötigt und abgegriffen werden. Deshalb

sollen sie zur Abfederung von Lastspitzen in kälteren (und dunkleren) Jahreszeiten dienen, während bei geringem Wärmebedarf der Strom eher aus anderen Quellen (PV-Anlagen) kommt. Gerade bei größeren Komplexen ist dies ohne Weiteres möglich. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und größere Wohngebäude oder gar ganze Quartiere sollen dahingehend geprüft werden ob eine Nachrüstung sinnvoll ist. Hier sind finanzielle Anreize zu schaffen.

Dezentralisierung der Energieversorgung

Es ist eine Entwicklung hin zu dezentraler Energieversorgung anzustreben (Quartierstrom). Grundsätzlich sollte die Energie die verbraucht wird auch vor Ort erzeugt werden, sofern dies sinnvoll möglich ist. Bei Neubauprojekten wie in der Nordstadt ist gleich hierauf zu achten. Die Stadtviertel müssen sich für mehrere Stunden autark versorgen können. Die Verbindung zwischen den Stadtvierteln dient der Effizienzsteigerung, indem z.B. überschüssige Energie eines Viertels in ein anderes umgeleitet wird. Dadurch können auch Stromausfälle in ganzen Vierteln abgedeckt werden.

Die Speicherung überschüssiger Energie ist auf Quartiersebene zu regeln. Hier kann auch die Produktion von Wasserstoff sinnvoll sein, der dann wiederum verkauft werden kann oder über eine Brennstoffzelle selbst genutzt werden kann. In den Quartieren sind im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten lokale Strommärkte vorzusehen, auf denen privat erzeugter Strom verkauft und gekauft werden kann. Dies gilt insbesondere für die in den Speichersystemen vorhandene Energie, die die lokalen Erzeuger günstig zurückkaufen können müssen.

Die Strommärkte müssen dabei in kommunaler Hand bleiben und dürfen nicht privatisiert werden. Die Kommune muss den Markt betreiben und die Aufsicht behalten.

Energieeinsparung

Wesentlich für ein nachhaltiges Leben ist auch die Energieeinsparung. Die Kommunen haben hier einigen Handlungsspielraum.

Deshalb fordern wir:

- **Die kommunalen Gebäude sind kurzfristig energetisch zu sanieren.**
Erläuternder Text: Die energetische Sanierung würde auch dem derzeitigen Einbruch am Bau entgegenwirken. Da sehr viele Gebäude auch älteren Datums sind würde eine Sanierung doppelt Sinn machen
- **Außerdem ist zu prüfen, wo Straßenlaternen durch LED-Beleuchtung ersetzt und ggf. nachts abgeschaltet werden können oder wenigstens mit Bewegungsmeldern versehen werden.**
Erläuternder Text: Die Kommune soll eine Umfrage unter allen Beteiligten durchführen, um die Zeiten der Abschaltung einvernehmlich zu beschließen. Zu diesem Thema käme auch die Einberufung eines Bürgerrats in Betracht.
- **Außerdem ist zu prüfen, wo jede Art der Außenbeleuchtung durch LED-Beleuchtung ersetzt und ggf. nachts abgeschaltet werden kann.**

Erläuternder Text: Hierfür sollen alle Gebäude aufgeführt werden mit dem derzeitigen Energieverbrauch. So können sich die Einwohner selbst überlegen ob es ihnen das wert ist.

- **Die Kommune wirkt darauf hin, dass nächtliche Werbebeleuchtung reduziert oder gar abgeschaltet wird.**

Erläuternder Text: Im Zuge der Energiekrise haben wir gesehen, dass es auch geht ohne dass eine Vielzahl öffentlicher Gebäude und von Firmengebäuden nachts angestrahlt wird. Die Reduzierung des Lichts kommt auch den Insekten zugute und reduziert insgesamt die Lichtverschmutzung. Darüber hinaus kann dadurch auch ein Beitrag zur Energieeinsparung geleistet werden. Werbebeleuchtung von Unternehmen ab 22:00 Uhr soll nur in Ausnahmefällen erfolgen. Die Stadt soll mit den Betroffenen eine einvernehmliche Lösung finden. Ziel soll sein, dass ab 22 Uhr nur in Ausnahmefällen noch eine Beleuchtung erfolgt, dann auch mit energiesparender Technik.

- **Digitale Stadtinformationsanzeiger werden abgeschafft und keine neuen eingeführt.**

Erläuternder Text: Digitale Stadtinformationsanzeiger sind absolute Stromfresser. Gerade wenn sie gegen direktes Sonnenlicht anleuchten müssen, steigt der Stromverbrauch deutlich. Wir setzen uns daher für analoge Stadtinformationsanzeiger (z.B. Stadtpläne) ein.

- **Die Außenbeleuchtung öffentlicher Gebäude ist ab 22:00 Uhr zu unterlassen.**

Erläuternder Text: Im Zuge der Energiekrise haben wir gesehen, dass es auch geht ohne dass eine Vielzahl öffentlicher Gebäude nachts angestrahlt wird. Die Reduzierung des Lichts kommt auch den Insekten zugute und reduziert insgesamt die Lichtverschmutzung. Darüber hinaus kann dadurch auch ein Beitrag zur Energieeinsparung geleistet werden.

- **Die Kommune sollte darum werben, dass Geräte, die außerhalb der Nutzung Strom verbrauchen, über Zeitschaltuhren gesteuert werden.**

Erläuternder Text: Der Verbrauch im Standby ist nicht zu vernachlässigen, deshalb sollte wo möglich die Infrastruktur so angepasst werden das eine Netztrennung leicht möglich ist. Bei der beträchtlichen Anzahl an Bildschirmen, Kaffeemaschinen, PCs, Drucker und allerlei Netzgeräten kann ohne nennenswerten Komfortverlust Energie gespart werden.

Wärmeversorgung

Wir setzen zur Wärmeversorgung auf Fernwärme, Blockheizkraftwerke und Wärmepumpen sowie Geothermie. Die in Karlsruhe vorgesehene Verwendung industrieller Prozessabwärme für die Fernwärmeversorgung ist zu begrüßen und dient nicht umsonst als Vorbild für andere Städte und Gemeinden.

Wir fordern:

- **Anschluss weiterer Abwärmequellen an das Fernwärmenetz**

Erläuternder Text:

In der kommenden Legislaturperiode muss gründlich geprüft werden, welche weiteren Industriebetriebe potenziell als Wärmelieferanten an das Fernwärmenetz angeschlossen werden könnten. Wo die Abwärme eine zu niedrige Temperatur aufweist, soll diese per Großwärmepumpe (mit natürlichen Kältemitteln) hochgesetzt werden. Dadurch soll die ohnehin vorhandene Wärmeenergie (Abwärme) zum Heizen genutzt werden statt wirkungslos zu verpuffen. Hierfür ist eine gründliche Prüfung notwendig, wo ein Anschluss an das Fernwärmenetz (mit Blick auf Wärmeverluste und ggf. notwendigen Netzausbau) sinnvoll möglich ist.

- **Stopp der Kohle- und Gasverbrennung für die Erzeugung von Fernwärme**

Erläuternder Text: Derzeit werden in Karlsruhe jährlich 836 GWh an Fernwärme geliefert. Davon stammen 79% aus industrieller Prozessabwärme (18% aus Kraft-Wärme-Kopplung des Rheinhafen-Dampfkraftwerks und 61 % aus Industrieabwärme v.a. der MiRO). 21% der Fernwärme werden durch Verfeuerung von Erdgas erzeugt. Es stammen derzeit also 39 % (ca. 100 MW Spitzenleistung) aus nicht nachhaltigen Quellen wie Kohle und Gas. Der Anteil dieser Quellen ist bis zum Ende der Legislaturperiode auf 0 zu senken.

- **Aufbau regenerativer Energiequellen für die Fernwärme**

Erläuternder Text: Parallel zum Einbinden der Industrieabwärme soll über den Ausbau einer Kombination aus Windenergieanlagen, Photovoltaik und Solarthermie weitere Wärme erzeugt werden.

Dazu sollen Parkplätze sowie Haltestellen des ÖPNV mit entsprechenden Anlagen überdacht werden und weitere Windenergieanlagen im Gebiet der Kommune errichtet werden. Außerdem sind die Straßenränder kommunaler Straßen mit Photovoltaikanlagen zu versehen, sofern baulich möglich und sofern hier keine anderweitige Nutzung (z.B. Fahrradwege) vorliegt.

Der Einsatz von Geothermie ist zu prüfen, da diese gerade für die Gewinnung von Wärme sehr effizient ist, wie z.B. das Geothermiekraftwerk in Graben-Neudorf zeigt. Insbesondere ist die Frage der Haftung bei Schäden an Gebäuden zu klären. Bis spätestens zum Ende der Legislaturperiode liegt eine Entscheidung und – im Falle einer positiven Entscheidung für Geothermie – ein Konzept zu deren Nutzung vor. Ggf. könnte der Aufbau einer Geothermieanlage im Rheinhafen an der Stelle des derzeitigen Rheinhafen-Dampfkraftwerks sinnvoll sein.

- **In Neubaugebieten sind die Voraussetzungen zu schaffen um eine zukunftsichere Energieversorgung zu gewährleisten.**

Erläuternder Text: Da nachträgliche Veränderungen aufwendiger und teurer sind soll z.B. statt Gas nur Fernwärme verlegt werden, dabei soll darauf geachtet werden das es dann mit BHKW oder Großwärmepumpe ein ansprechendes Angebot gibt das auch preislich konkurrenzfähig ist. In Neubaugebieten sollte eine Bürgerbeteiligung umgesetzt werden, Bürgerbeteiligungen können dann auch untereinander handeln.

- **Förderung von Wärmepumpen durch die Kommunen**

Erläuternder Text: Zusätzlich zur Fernwärme ist eine nachhaltige

Wärmeversorgung wie z.B. durch Wärmepumpen durch die Kommunen zu fördern. Dabei ist die Förderung daran zu koppeln, dass natürliche Kältemittel verwendet werden.

- **Verwendung von Wärmepumpen mit natürlichen Kältemitteln**

Erläuternder Text: Bei Wärmepumpen ist dabei darauf zu achten, dass diese mit natürlichen Kältemitteln arbeiten und keine Giftstoffe (wie z.B. PFAS) verwenden.

Lebenswert und bezahlbar wohnen

Wir fühlen uns einem guten sozialen Miteinander und sozialer Gerechtigkeit verbunden. Ein wesentlicher Aspekt ist dabei bezahlbares Wohnen.

Bezahlbarer Wohnraum für alle!

Wir erleben seit Jahren einen massiven Wohnungsmangel, steigende Mietpreise und damit einhergehend den Austausch der Stadtbevölkerung (Gentrifizierung). Auch wenden die Menschen in Deutschland einen immer größeren Anteil ihres Haushaltseinkommens für das Wohnen auf. Dadurch ist der soziale Frieden gefährdet. Es muss möglich sein, zu bezahlbaren Preisen zu wohnen.

Deshalb fordert die ÖDP:

- **Der kommunale Wohnungsbau ist auszubauen. Dabei ist auf einen angemessenen Anteil von Sozialwohnungen (mindestens 25 %) zu achten.**

Erläuternder Text: In den 1990er Jahren wurde der Bestand an kommunalem Wohnraum drastisch reduziert und dem Kapitalmarkt überantwortet. Die deutlichsten Folgen sind massiv gestiegene Mietpreise und Wohnungsmangel. Die Stadt soll hier ihre Möglichkeiten nutzen, das Grundbedürfnis Wohnen zu befriedigen. Dadurch wird eine Deckelung der Mietpreise erreicht. Außerdem erlaubt dies der Kommune einen größeren Einfluss bzw. mehr Steuerungsmöglichkeiten und weniger Abhängigkeiten von den Interessen privater Investoren.

- **Der kommunale Wohnraum soll ohne Gewinnerzielungsabsicht durch kommunale Wohnungsbaunternehmen (wie z.B. die Volkswohnung) bewirtschaftet werden.**

Erläuternder Text: Wohnen ist die wichtigste Funktion der kommunalen Daseinsvorsorge. Wohnen muss bezahlbar sein, weshalb damit kein Geld verdient werden sollte. Die Kommune hat durch die Bewirtschaftung durch das eigene Wohnungsbaunternehmen auch bessere Steuerungsmöglichkeiten, z.B. um unnötigen Verkehr zu vermeiden, als dies bei privaten Wohnungen der Fall ist.

- **Wenn Quartiersentwicklung an private Investoren vergeben wird, ist eine verpflichtende Quote von 25 % an Sozialwohnungen vorzusehen.**

Erläuternder Text: Auch private Investoren sollen dazu verpflichtet werden, einen relevanten Anteil an günstigen Wohnungen anzubieten. Damit wird vermieden, dass Privatinvestoren nur die „Upper class“ als Mieter nehmen und damit verdienen, während die Kommune einen höheren Anteil an niedrigpreisigen Wohnungen

anbieten muss. Wir fordern hier eine solidarische Verteilung der finanziellen Lasten auf private und öffentliche Schultern.

- **Die Kommune sollte auf eine digitale Erfassung des gesamten Wohnraums drängen und eine Vernetzung mit anderen Stellen anstoßen. So ist ein Leerstand oder Fehlbelegung leicht zu identifizieren.**

Erläuternder Text: Die Kommune kann es sich heute nicht mehr leisten, dass Sozialwohnungen ewig von Menschen bewohnt werden, die diese zwar früher berechtigt bezogen haben, deren Einkommensverhältnisse sich zwischenzeitlich aber geändert haben. Dafür muss dann ein Ausgleich erhoben werden. Dieser ist zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau.

Änderung der Siedlungsstrukturen

Wir fordern eine bessere Verflechtung von Wohnen, Einkaufen Arbeiten und Freizeit. Zum einen werden dadurch unnötige Wege vermieden, zum anderen wird dadurch der Lebenswert erhöht. Wir setzen uns für einen Ausbau der Nahversorgung ein.

Hierzu fordert die ÖDP:

- **Förderung von genossenschaftlichen Gründungen zur Quartiers- oder Gemeindeentwicklung durch die Kommune.**

Erläuternder Text: Die Kommune soll die Gründungen sowohl bei Verwaltungsfragen unterstützen und ihnen finanziell unter die Arme greifen. Insbesondere sollen die Genossenschaften zusätzliche Zuschüsse erhalten, wenn sie einen Hol- und Bringservice für mobilitätseingeschränkte Menschen im Quartier anbieten. Zwingende Voraussetzung für die Förderung ist jedoch, dass dieser Service zu Fuß oder mit dem Fahrrad erfolgt. Es soll eine Verschiebung der Attraktivität vom Onlinehandel mit all seinem Ressourcenverbrauch hin zu lokaleren Einrichtungen erfolgen, die Kosten müssen bepreist werden und einfließen. Wie schon an anderer Stelle erwähnt gilt das bei Neubauten wie Oststadtpark und jetzt Nordstadt im Besonderen. Hier lassen sich die Grundsteine für diesen Typ Siedlung am besten legen.

Begrünung der Stadt/Gemeinde

Die Stadt/Gemeinde muss grüner werden! Gerade mit Blick auf den Klimawandel brauchen wir mehr Grün und Beschattung. Erwiesenermaßen führt Begrünung zu einem verträglicheren Mikroklima. Außerdem hat es einen höheren Wohlfühl- und Erholungswert.

Konkret fordern wir:

- **Umwandlung der öffentlichen Parkplätze, die ohnehin im Rahmen der Umgestaltung der Radwege entfernt werden, in Naherholungsmöglichkeiten (Bäume, Sitzgelegenheiten). Öffentlicher Raum gehört allen und nicht nur den Autos!**
- **Im Rahmen von Pflanzungen der Gemeinde sollen ausschließlich europäische Pflanzen verwendet werden. Dabei ist aber auch darauf zu**

achten, dass die Pflanzen mit dem Klimawandel umgehen können.

Erläuternder Text: Die Verwendung europäischer Pflanzen (damit meinen wir Pflanzen, die bereits vor 1880 in Europa beheimatet waren) verhindert das Einschleppen weiterer invasiver Arten. Außerdem sind die heimischen Tiere besser an diese Pflanzen angepasst.

- **Kommunale Grünflächen werden – wo dies möglich ist – als Hortus (andere Art der Gartengestaltung) angelegt, alternativ als Bienenwiese mit ggf. zusätzlicher Bepflanzung. Zusätzlich soll die Kommune das Konzept des Hortus im Rahmen einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne bekannter machen.**
- **Kommunale Rasenflächen, die nicht als Liegewiese vorgesehen sind, sollen nicht oder weniger gemäht werden.**

Erläuternder Text: Dadurch werden braune, ausgetrocknete Wiesenflächen vermieden und das lokale Klima verbessert sich. Diese Art Wiese ist auch Insektenfreundlicher.

- **Auf Neubauten mit Flachdach, auf denen keine Photovoltaik-Anlagen installiert werden können oder dies nicht sinnvoll ist (z.B. wegen Beschattung durch nebenstehende Gebäude, Blendwirkung auf benachbarte Gebäude usw.) ist stattdessen eine Dachbegrünung vorzusehen.**

Erläuternder Text: Die Dachbegrünung verbessert das Klima innen und außen und entzerrt bei Regen die Wassermenge.

- **Die Kommune soll Fassadenbegrünung fördern und hierfür eine auf drei Jahre befristete Projektstelle einrichten.**

Erläuternder Text: Die Projektstelle soll für die Beratung der Bürgerinnen und Bürger zu diesem Thema und für das Bekanntmachen von Fassadenbegrünung verantwortlich sein. Sie soll am Ende der drei Jahre evaluiert und bei positiver Evaluation verstetigt werden. Insgesamt ist eine wissenschaftliche Begleitung dieser Projektstelle – z.B. durch das KIT – zu prüfen.

- **Außerdem sollen städtische/kommunale Liegenschaften mit Fassadenbegrünung versehen werden. Die Kommune kann und soll hier mit gutem Beispiel vorangehen!**

Ende der Flächenversiegelung

Die Versiegelung immer weiterer Flächen führt zu diversen Problemen wie dem Verlust guter Ackerböden, Verlust von Biodiversität, sinkenden Grundwasserspiegeln und heftigeren Flutereignissen, weil das Wasser nicht mehr versickern kann. Deshalb ist die Versiegelung weiterer Flächen zu stoppen, wo dies möglich ist. Der Fokus ist auf die Umwidmung bestehender Liegenschaften zu legen, z.B. Umbau brachliegender Gewerbebauten.

Müllflut stoppen!

Die Vermüllung der Stadt ist weder attraktiv noch umweltfreundlich. Müllvermeidung verbessert das Stadtbild und schont Ressourcen. Wir brauchen deshalb eine ökonomische, vor allem aber konsequent ökologische Abfallwirtschaft.

Daher fordern wir:

- **Die Einführung einer „Verpackungssteuer“ auf Einwegverpackungen nach Tübinger Vorbild. Die Steuer wird so festgelegt, dass sie dem üblichen Pfand für Mehrwegprodukte entspricht (z.B. 2 EUR pro Getränkebecher). Es wird kontrolliert, dass Mehrwegverpackungen entsprechend günstiger sind und eine Meldestelle für Verstöße eingerichtet.**

Erläuternder Text: Wie dieses Beispiel zeigt haben andere Kommunen auch gute Ideen die es zu nutzen gilt, deshalb soll die Kommune in geeigneten Gremien ein Zusammentragen von Ideen im Bezug auf Abfallvermeidung, Vermeidung von nicht umweltverträglichen Stoffen, Abfallentsorgung und Erfahrungen in der Abfalltrennung und Recycling anregen die dann allen zur Verfügung stehen.

- **Beschaffung und Verwendung von 100% Recyclingprodukten und wiederverwendbaren Materialien bei der Stadtverwaltung, den städtischen Einrichtungen, stadteigenen Unternehmen und Partnern.**

Erläuternder Text: Die Kommune soll sich darum kümmern verträgliche Ersatzprodukte zu finden und einzusetzen, eine Ausnahme muss mit hohen Hürden versehen sein. Dies gilt obwohl nicht so sehr im Fokus auch für Recyclingprodukte im Baubereich, heute sollte es doch für den Straßenunterbau nachhaltigere Alternativen geben als frisch gebrochener Naturstein der nicht immer regional vorhanden ist.

- **Intensive bürgerfreundliche Abfallberatung für Haushalte und städtische Einrichtungen und eine verstärkte Abfallberatung für Gewerbebetriebe.**
- **Ausweitung der Unterstützung von privaten Initiativen, welche sich für Müllvermeidung und Reinhaltung von Erholungsflächen einsetzen**
- **Kontrollen, um die Abfalltrennung in städtischen Gebäuden, Privathaushalten und Gewerbebetrieben sicherzustellen.**
- **Förderung von verpackungsfreien Geschäften.**

Erläuternder Text: Durch die Einführung eines geschützten Labels könnten viele Geschäfte in diese Richtung tendieren, Nachhaltigkeit ist heute ein großes Thema mit dem man gut Werbung machen kann.

- **Sanktionierung von Vermüllung, von z.B. Schlossgarten und Grünflächen.**

Erläuternder Text: Hier darf man nicht mehr nur wegschauen, hier muss gehandelt werden, mehr Kontrollen, höhere Strafen.

- **Sicherstellen, dass der Müll der Kommune nicht exportiert wird und dort Landschaften, Ozeane und Böden belastet.**

Erläuternder Text: Die Kommune stellt sicher das kein Müll überregional entsorgt wird, die Kommune versucht z.B. im Städtetag oder sonstigen Gremien für diesen Punkt zu werben.

Rettet unser Wasser

In den letzten Jahren haben einerseits Dürren und andererseits Starkregenereignisse deutlich zugenommen. Laut Klimaprognosen wird sich dieser Trend in der Zukunft weiter fortsetzen. Die Grundwasserspiegel sinken zunehmend, was auch negative Auswirkungen auf die Natur hat. So leiden wassergebundene Tiere wie z.B. Fische, Fischotter usw. zunehmend unter mehreren Jahren Dürre in Folge. Auch leiden Bäume unter der Trockenheit und werden dadurch anfälliger für Borkenkäfer und andere Schädlinge.

Eine kluge Wasserpolitik muss deshalb sowohl dem Wassermangel begegnen als auch die großen Wassermengen nach Starkregenereignissen abfedern können.

Als Vorsorge gegen den Wassermangel muss das Grundwasser geschützt und erhalten werden. Dazu braucht das Wasser Zeit zum Versickern und einen geeigneten Boden, der das Wasser speichern kann. Außerdem muss der Verbrauch des Grundwassers reduziert werden.

Gleichzeitig müssen Möglichkeiten vorhanden sein, um Übermengen an Wasser zu speichern und verheerende Überschwemmungen zu verhindern.

Deshalb fordert die ÖDP:

- **Renaturierung der Gewässer**

Erläuternder Text:

Durch die derzeitige Begradigung der Gewässer 2. und 3. Ordnung (z.B. Dorfbäche, Alb, Pfinz, Federbach, Maisenbach, Malscher Landgraben) werden Übermengen an Wasser schnellstmöglich nach unten abgeleitet. Dort türmt sich das Übermaß an Wasser aus den vielen Zuflüssen auf und richtet teils verheerenden Schaden an. Durch die Renaturierung dieser Gewässer wird zum einen die Fließgeschwindigkeit verringert und die Energie des Wassers nimmt ab ($\frac{1}{2}$ Geschwindigkeit bedeutet $\frac{1}{4}$ der Energie!). Zum anderen hat das Wasser dadurch mehr Zeit, um zu versickern. Es werden also die Grundwasserspeicher aufgefüllt und es kommt weniger Wasser unten an.

Die Stadt hat die Renaturierung auf der eigenen Gemarkung vorzunehmen und darüber hinaus zusammen mit den beteiligten Gemeinden darauf hinzuwirken, dass die dortigen Gewässer ebenfalls renaturiert werden.

- **Einrichtung zusätzlicher Überflutungsflächen und Grabenspeicher für den Wasserrückhalt**

Erläuternder Text:

Eine reine Renaturierung der Wasserläufe wird nicht ausreichen, um die Wassermengen von Starkregenereignissen zurückzuhalten und verheerende Flutschäden an den unteren Flussläufen zu verhindern. Deshalb sind zusätzliche Überflutungsflächen (z.B. Wiesen) vorzusehen, die Wasser zurückhalten können. Dabei verdunstet einiges an Wasser, was dann nicht unten ankommt. Außerdem kann dadurch weiteres Wasser versickern und das Grundwasserreservoir

auffüllen.

Derzeit vorhandene Drainagegräben, die dem möglichst schnellen Abfließen des Wassers dienen, sind durch Grabenspeicher zu ersetzen, die das Wasser zurückhalten können.

- **Technischer Hochwasserschutz ist vor allem als Zusatzmaßnahme zu betrachten.**

Erläuternder Text:

Derzeit bildet der sog. Technische Hochwasserschutz (Rückhaltebecken, Dämme und Deiche, Polder, Talsperren usw.) oftmals den Kern des Hochwasserschutzes, der eine verfehlte Grundausrichtung der Wasserpolitik (Begradigung, möglichst schneller Abfluss) ausgleichen soll. Dabei kommt es immer wieder zu Situationen, in denen das Wasser nicht den erwarteten Wegen folgt, sondern sich einen eigenen Weg sucht und damit die Schutzmaßnahmen umgeht.

Das ÖDP-Konzept setzt hingegen bei den Ursachen an und sieht den Technischen Hochwasserschutz als die letzte Stufe, die das abfangen soll, was nicht durch eine naturnahe Wasserpolitik abgefangen werden kann.

- **Landwirte sind zusätzlich als Wasserwirte zu betrachten**

Erläuternder Text:

Landwirte erbringen im Rahmen des ÖDP-Konzepts wichtige Leistungen für den Hochwasserschutz sowie für den Erhalt des Grundwassers. So müssen z.B. Ackerflächen, welche direkt an die derzeit begradigten Gewässer angrenzen, ein Stück verkleinert und für die Renaturierung der Gewässer verwendet werden. Landwirte sollen Ausgleichszahlungen für die daraus resultierende Ertragsminderung erhalten. Sie sind insgesamt als Wasserwirte zu betrachten und ihre Leistungen für den Hochwasserschutz sowie für den Erhalt des Grundwassers sind zu würdigen.

- **Humusaufbau zur Wasserspeicherung**

Erläuternder Text:

Humusaufbau trägt wesentlich zum Hochwasserschutz bei, da Humus viel Wasser speichern kann (bis zum achtfachen seines eigenen Gewichts). Deshalb ist es sinnvoll, diesen zu fördern. Auch diese Förderung richtet sich an die Wasserwirte

- **Förderung von Regen- und Grauwassernutzung zur Wassereinsparung**

Erläuternder Text:

Grauwasser bezeichnet gering verschmutztes und fäkalienfreies Abwasser aus Bädern, Duschen oder Waschmaschinen. Durch mechanisch-biologische Aufbereitung kann es als hygienisch sauberes Klarwasser einer Zweitnutzung als Brauch- bzw. Betriebswasser zugeführt werden, z.B. für den Hausputz, Gartenbewässerung, Kleidungswäsche oder Toilettenspülung. Im Gegensatz zur witterungsabhängigen Regenwassernutzung steht Grauwasser immer zur Verfügung.

Regenwasser kann aufgefangen und für die gleichen Zwecke wie Grauwasser verwendet werden.

Durch die Verwendung von Regen- und Grauwasser wird eine Einsparung bei

Frischwasser erreicht. Daher ist die Anschaffung und Installation von Anlagen zur Regen- und Grauwasserverwendung durch die Kommune zu fördern.

Ökologische Landwirtschaft und Artenschutz, Forstwirtschaft und Jagd

Landwirtschaft

Für eine nachhaltige Zukunft ist es wichtig, dass der Biolandbau gefördert wird. Die Kommunen haben im Rahmen ihrer Möglichkeiten dazu beizutragen, dass die ökologische Landwirtschaft ausgeweitet wird.

Landwirtschaft hat außerdem großen Einfluss auf den Artenschutz, der für ein stabiles Ökosystem äußerst wichtig ist. Landwirtschaft muss Landschaft, Natur und Artenvielfalt schützen und mit ihr im Einklang stehen.

Deshalb fordert die ÖDP:

- **Förderung von Biolandbau und Ausweitung der ökologischen Landwirtschaft**

Erläuternder Text: Für eine nachhaltige Zukunft ist es wichtig, dass der Biolandbau gefördert wird. Die Kommune trägt im Rahmen ihrer Möglichkeiten dazu bei, dass die ökologische Landwirtschaft ausgeweitet wird.

- **Landwirtschaft muss den Artenschutz im Blick behalten**

Erläuternder Text: Landwirtschaft hat großen Einfluss auf den Artenschutz, der für ein stabiles Ökosystem äußerst wichtig ist. Landwirtschaft muss Landschaft, Natur und Artenvielfalt schützen und mit ihr im Einklang stehen. Die Kommune kann dabei sowohl bei Ackerflächen als auch bei anderen Flächen tätig werden. Dabei ist jeweils zwischen kommunalen und privaten Flächen zu unterscheiden

- **Wertschätzung der Rolle der Landwirtinnen und Landwirte**

Erläuternder Text: Die Landwirtschaft hat einen wesentlichen Einfluss auf das Erscheinungsbild der Landschaft und die Wasserwirtschaft. Landwirtinnen und Landwirte sind in den Augen der ÖDP nicht nur Nahrungsproduzenten, sondern sie sind auch für ihre Leistungen der Landschaftspflege wertzuschätzen. Dementsprechend sind sie für die Pflegeleistungen der Landschaft zu vergüten. Dazu gehört auch die Vergütung als Wasserwirte (s. Kapitel „Rettet unser Wasser“)

- **Kommunale landwirtschaftliche Flächen bevorzugt an Biolandwirte und Honorierung der Erfüllung ökologischer Auflagen**

Erläuternder Text: Die Ackerflächen der Kommune sind bevorzugt an Biolandwirte und/oder solidarische Landwirtschaften zu verpachten. Dabei sind ökologische

Auflagen in den Pachtverträgen vorzusehen² und auch entsprechend durch Ausgleichszahlungen zu honorieren. Zu den Auflagen zählen z.B. die Verpflichtung der Pächter zu ökologischer Landwirtschaft oder auch die Verpflichtung zum Pflanzen und /oder Pflegen von Hecken durch die Pächter. Letztere dienen als Lebensraum für viele traditionelle Tierarten, deren Bestand durch die Entfernung vieler früherer Hecken und Randstreifen deutlich zurückgegangen ist. Hier muss dringend eine Umkehr erfolgen.

- **Zusätzlicher Bestandsschutz für Pachtverträge mit Bio-Landwirten**

Erläuternder Text: Eine Kündigung von Pachtverträgen mit Bio-Landwirten darf es nur dann geben, wenn sie unvermeidlich ist. In diesem Fall sind geeignete Ersatzflächen anzubieten, sofern dies möglich ist.

Eine Kündigung ohne Ausgleich, wie sie dem Biohof Schleinkofer wegen des neugebauten Stadions in Rüppurr zugemutet wurde, darf es nicht mehr geben! Biolandwirte werden durch diesen zusätzlichen Kündigungsschutz bevorzugt und so die ökologische Landwirtschaft gefördert.

- **Errichtung von Agri-Photovoltaik zur Doppelnutzung der Ackerflächen durch Ackerbau und Stromproduktion**

Erläuternder Text: Wo es sinnvoll möglich ist, errichtet die Kommune Agri-Photovoltaik und profitiert so vom Doppelnutzen der Ackerflächen durch Ackerbau und Stromproduktion. Dabei gibt es 3 Stufen:

Informieren der Landwirtinnen und Landwirte über die Vorteile der Agri-Photovoltaik (Ertragssteigerung um bis zu 18% u. B. bei Beerensträuchern, Obst/Wein sowie Fruchtgemüse und zusätzliche Einnahmen durch den verkauften Strom)

Ermuntern der Landwirtinnen und Landwirte zum Einstieg in Agri-PV. Die Kommune koordiniert dabei die Bewerbung für ausgeschriebene Fördermittel, z. B. zur nachhaltigen Umgestaltung von Kommunen. Dadurch können die Investitionskosten für Landwirt/innen reduziert werden und sich somit der Nutzen erhöhen.

Den Landwirt/innen sind dabei langfristige Pachtverträge anzubieten, damit sich die Investitionen in eine Agri-PV-Anlage amortisieren und Gewinn abwerfen. Sollten Pächter/innen nicht zu Investitionen in Agri-PV-Anlagen bereit sein, errichtet die Kommune selbst Anlagen und die Einnahmen aus verkauftem Strom verbleiben dann bei der Kommune. Für evtl. dadurch sinkende Ernteerträge (z.B. bei Anbau für Agri-PV ungeeigneter Feldfrüchte wie Getreide, Mais oder Wurzel-/Knollenfrüchte) wird die Pacht entsprechend reduziert.

- **Förderung der Errichtung von Agri-PV-Anlagen auf privaten landwirtschaftlichen Flächen**

Erläuternder Text: Die Kommune fördert die Errichtung von Agri-PV bei privaten Ackerflächen. Dabei spielen vor allem Aufklärung über den Nutzen und mögliche

² Dabei orientieren wir uns an den Informationen des Umweltinstituts München zur Verpachtung mit Vorgaben für ökologische Landwirtschaft: <http://www.pestizidfrei-verpachten.de/wp-content/uploads/2018/06/Pachtvertr%C3%A4ge-f%C3%BCr-Bio-Landwirtschaft-2.pdf> (21.02.2023)

Mehrerträge (s.o.) eine Rolle und die Koordination beim Einwerben von Fördermitteln (s.o.) durch die Kommune.

- **Förderung von Streuobstwiesen**

Erläuternder Text: Die Kommune sieht zusätzlich Förderungen für eine ökologische und nachhaltige Bewirtschaftung von Streuobstwiesen vor.

Grundlage sind dabei die Öko-Regelungen der EU-Agrarförderung²:

- Bereitstellung von Flächen zur Verbesserung der Biodiversität und Erhaltung von Lebensräumen
- Anbau vielfältiger Kulturen
- Beibehaltung einer agroforstlichen Bewirtschaftungsweise auf Ackerland und Dauergrünland
- Extensivierung des gesamten Dauergrünlandes des Betriebes
- Förderung von artenreichen Dauergrünlandflächen
- Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel
- Landbewirtschaftung in Natura 2000-Gebieten entsprechend der Schutzziele

Wald- und Forstwirtschaft, Jagd

Wald ist mehr als die Summe der Bäume

Wald ist Lebensraum für zahllose Lebewesen, Schutzschild gegen Naturgefahren, Rohstofflieferant, CO₂ Speicher und Erholungsort. Nicht nur die Dürrejahre 2018, 2019 und 2020 zeigen eindrücklich die Notwendigkeit eines Waldumbaus hin zu naturnäheren Wäldern. Eine vorrangig auf wirtschaftliche Erträge ausgerichtete Forstwirtschaft wird das Ziel des Waldumbaus verfehlen.

Jagd – ökologisch und an ethischen Prinzipien ausgerichtet

Die naturverträgliche Jagd ist eine legitime Form der Landnutzung, wenn sie den Kriterien der Nachhaltigkeit entspricht und sich an ethischen Prinzipien ausrichtet. So muss das erlegte Tier sinnvoll genutzt werden und die bejagte Art darf in ihrem Bestand nicht gefährdet sein und zum alleinigen Zweck der Jagd nicht aktiv gefördert werden. Die Jagd ist im Rahmen des Nachhaltigkeitsgrundsatzes die legitime Nutzung von Wildtieren. Verantwortungsvolle Jagd setzt den tierschutzrechtlichen Grundsatz um, dass Wildtieren keine unnötigen Störungen zugemutet oder Schmerzen zugefügt werden und sie nur bei Vorliegen eines vernünftigen Grundes getötet werden dürfen.

Mehr als „Bio“ – heimisches Wildfleisch gesund und regional gewonnen

Wildbret stammt von stressfrei aufgewachsenen Tieren, die in natürlicher Umwelt gelebt und sich aus der Natur ernährt haben, ohne künstliche Zugabe von Medikamenten und Hormonen. Da Wildfleisch im Rahmen der Jagd gewonnen wird, wird kein Tropfen Wasser für die Futtermittelproduktion verbraucht und es gibt keine riesigen Produktionsstätten, deren Methan-Abgase zur Klimaerwärmung beitragen. Der regionale Vertrieb verhindert zudem weite Transportwege mit all seinen negativen Nebeneffekten. Artgerechter als freilebend geht nicht. Wildfleisch ist also mehr als Bio.

Bildung und Erziehung

Bildung und Erziehung legen den Grundstein für ein erfülltes Leben. Dieser Stellenwert muss sich auch im Bildungssystem widerspiegeln. Dabei betrachtet die ÖDP auch Kindergärten und Kindertagesstätten als Orte der (frühkindlichen) Bildung.

Deshalb fordert die ÖDP:

- Die Schul- und Kitagebäude in kommunaler Hand sind dringend zu sanieren.
Erläuternder Text:
Bereits die Gebäude sollen widerspiegeln, dass die Bildung unserer Kinder einen hohen Stellenwert besitzt. (optische Sanierung)
Dazu gehört auch, dass die Räume im Sommer und im Winter eine angenehme Temperatur aufweisen, bei der man sich konzentrieren kann. (energetische Sanierung) Unsere Kinder müssen mit den gleichen Regelungen geschützt werden wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das bedeutet laut Arbeitsstättenrichtlinie³ eine Raumtemperatur im Bereich von 20°C bis 26°C.
- Die Begrünung von Schulhöfen
Erläuternder Text:
Angelehnt an die Aktionen der Deutschen Umwelthilfe (DUH) zur Begrünung von Schulhöfen sollen alle Schulhöfe der Stadt begrünt werden. Durch die Begrünung wird ein angenehmeres Klima in den Schulhöfen geschaffen. Dabei ist durch eine geeignete Ausführung darauf zu achten, dass bei Regen keine „Schlammgruben“ entstehen. Die Begrünung der Schulhöfe beginnt bei denjenigen Schulen, bei denen ohnehin Sanierungsarbeiten an den Schulhöfen notwendig sind.
- Kitas und Kindergärten sind ausreichend mit Personal auszustatten.
Erläuternder Text:
Ausreichendes Personal ist ein wichtiger Baustein für Arbeitszufriedenheit. Das Personal in Kitas und Kindergärten muss ausreichend Zeit haben, um sich intensiv um einzelne Kinder kümmern zu können. Dazu bedarf es einer Personaloffensive. Insbesondere soll die Stadt Ausbildungsplätze in diesem Segment anbieten und den Beruf attraktiver gestalten durch bessere Bezahlung und gute Arbeitsbedingungen (z.B. durch bessere Betreuungsschlüssel und gute Sachausstattung). Es geht hier um die frühkindliche Bildung, in deren Rahmen grundlegende Weichen für das Leben unserer Kinder gestellt werden. Bildung darf kein „Spargut“ sein, sondern muss entsprechend ihrer Bedeutung finanziert werden.
- Möglichkeit des Schülerhorts für alle
Erläuternder Text:
Allen Schülerinnen und Schülern muss die Möglichkeit offenstehen, einen Schülerhort inkl. Hausaufgabenbetreuung zu besuchen. Hierbei darf nicht bei 10 oder 12 Jahren Schluss sein, wie dies derzeit der Fall ist. Dieses Angebot muss

³ <https://www.baua.de/DE/Angebote/Regelwerk/ASR/pdf/ASR-A3-5.pdf?blob=publicationFile&v=5> (31.07.2023)

auch Jugendlichen zur Verfügung stehen.

Die angebotenen Kapazitäten sind zu prüfen und ggf. auszubauen. Auch die Personalsituation ist zu prüfen und ggf. zu verbessern. Auch hier gilt: die Bildung und persönliche Entwicklung unserer Kinder muss uns etwas wert sein (dürfen).

- Gute Ernährung in Schulen und Kitas

Erläuternder Text:

Mensen in Schulen, Kitas und Schülerhorten sind mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln (Bio) zu versorgen. Es ist auf gesunde und ausgewogene Ernährung zu achten. Es geht hier um die Gesundheit unserer Kinder.

- Zusammenarbeit der Einrichtungen mit den Eltern

Erläuternder Text:

Die ÖDP strebt ein gutes und kooperatives Miteinander der Kitas/Kindergärten und der Eltern an. Kitas und Kindergärten sind keine reine Aufbewahrungsanstalt für Kinder, sondern sie leisten einen wesentlichen Beitrag zur Bildung und Entwicklung unserer Nachkommen. Die ÖDP setzt sich dafür ein, dass Kita/Kindergarten und Familienleben sich mit Blick auf die Bildung unserer Kinder ergänzen. Dazu ist eine gute Partnerschaft zwischen Kitas/Kindergärten und Eltern notwendig. Hierfür sind von den Einrichtungen Angebote zu entwickeln. Für Eltern, die noch kein Deutsch sprechen, könnten z.B. gemeinsame Sprachkurse in den Kitas/Kindergärten angeboten werden („Mama und Papa lernen Deutsch“).

Gesundheit und Pflege

Wir setzen uns für eine wohnortnahe ärztliche Versorgung ein, da diese wichtig ist und mit steigender Anzahl älterer Menschen immer wichtiger wird.

Deshalb fordern wir:

- **Schaffung attraktiver Bedingungen für Haus- und Fachärzte**

Erläuternder Text:

Einrichtung von Ärztehäusern

Bereitstellung von Bauplätzen für Privathäuser

- **Einsatz der Kommune im Städtetag, um vom Bundesgesundheitsministerium das Ende der Budgetierung zu fordern.**

Erläuternder Text: Einer der Hauptgründe, warum Ärzte keine Praxis mehr eröffnen/übernehmen wollen, ist das finanzielle Risiko. Alle Arzneimittel unterliegen einem Budget, der Arzt darf nur innerhalb dieser Menge AM rezeptieren, überschreitet er diese Mengen, riskiert er bei einer sogenannten Richtgrößenprüfung einen Regress. Da kommt schnell eine Summe im 5-6stelligen Bereich zusammen, die den Praxiserlös erheblich verkleinert.

- **Förderung von Patientenfahrdiensten**

Erläuternder Text: Ausreichend Fahrdienste für mobilitäts-eingeschränkte Patienten, wo kurze Wege nicht möglich sind (z.B. aufgrund zu kleiner Ortschaften) und auch für andere Personen wo fehlende ÖPNV-Anbindung

z.B. ehrenamtlichen Initiativen Fahrzeuge bereitstellen oder TZ-Stellen schaffen für Fahrdienste

Außerdem ist uns wichtig, dass in der Kommune eine gute Pflegesituation existiert – für Pflegende und Gepflegte. Deshalb fordern wir:

- **Aufbau kommunaler Pflegedienste und Förderung kommunaler Pflegeheime**

Erläuternder Text: Hier könnte die Kommune durch attraktive Arbeitsbedingungen und ein attraktives Gehalt positive Maßstäbe setzen, sodass nicht-kommunale Arbeitgeber gezwungen wären, sich anzupassen.

- **Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen in der Pflege**

Erläuternder Text: Verbesserung der Pflege- und der Arbeitssituation in der Pflege durch Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen (verlässliche Dienstpläne, Personaluntergrenzen verbindlich einhalten, angemessene Vergütung, Verbesserung der Anerkennung pflegerischer Tätigkeiten durch allgemeine Aufklärung, Pflege kann nicht jeder und Pflege ist viel mehr als satt und sauber) Durch die Vorbildfunktion können gewinnorientierte Unternehmen in der Pflege unter Druck gesetzt werden, sich diesen Bedingungen anzupassen und ebenfalls nachzuziehen

- **Anbieten attraktiver Ausbildungsplätze in der Pflege**

Erläuternder Text: Für die zukünftige Personaldeckung sind auch Ausbildungsplätze anzubieten. Die Ausbildung wird ergriffen, weil man sinnstiftend mit Menschen arbeiten will. Dies ist auch in der Ausbildung in den Mittelpunkt der Tätigkeit zu stellen.

Politik in der Stadt – bürgernah, transparent und unabhängig

Transparenz und Unabhängigkeit

Transparenz und Unabhängigkeit schreiben wir groß. Deshalb hat die ÖDP seit ihrer Gründung in ihrer Satzung als einzige Partei festgeschrieben, dass sie keine Spenden von juristischen Personen, also Unternehmen und Interessenverbänden, annimmt. So ist unsere unabhängige Politik zum Wohle der Allgemeinheit gesichert.

Von dieser Position ausgehend fordern wir auch für den Gemeinderat klare Regeln sowie Transparenz und Offenheit bezüglich der finanziellen Unterstützung von Unternehmen oder Interessenverbänden für im Gemeinderat vertretene Parteien. Nur so funktioniert saubere Demokratie!

Unsere konkreten Forderungen lauten:

- **Verbot von Parteispenden durch Unternehmen und Interessenverbänden für die im Gemeinderat vertretenen Parteien**

Erläuternder Text: „Wer die Musik bezahlt bestimmt auch was gespielt wird“ –

genau das soll im Gemeinderat/Stadtrat nicht gelten, da muss gelten: Wer wählt bestimmt. Wenn Firmen und Interessengruppen keine Spenden machen können, dann ist jeder Verdacht, dass eben mindestens mental eine Einflussnahme stattfindet vom Tisch.

- **Einführung eines Ehrenkodex für alle Stadträtinnen und Stadträte:**
Erläuternder Text: Wenn wir den ökologischen Fußabdruck von Flügen betrachten, sollte diese Forderung gar nicht notwendig sein. Hier geht es darum ein Zeichen zu setzen. Die Anzahl der Dienstriesen, die es betrifft wird klein sein, aber Kleinvieh macht eben auch Mist.
- **Offenlegung von Interessenkonflikten aller Stadträte**
Erläuternder Text: Der Wähler muss wissen, wo ein Stadtrat/eine Stadträtin eigene Interessen hat. Da solche Interessen oft nicht unmittelbar sichtbar sind, wirkt die Selbstverpflichtung auch im Sinne der Selbstreflexion der Gewählten.
- **Selbstverpflichtung von Stadträtinnen und Stadträten zu einer Karenzzeit von mindestens zwei Jahren vor dem Wechsel in Führungspositionen städtischer Unternehmen**
Erläuternder Text: Es entstand in der Vergangenheit immer wieder Unmut darüber, wenn Personen aus ihrem Wahlamt direkt in eine Position wechseln, welche sie im Wahlamt zu kontrollieren hatten. Da entsteht schnell ein Gschmäcke. Das kann leicht vermieden werden, wenn sich die Mandatsträgerinnen und -träger eine Selbstverpflichtung auferlegen.
- **Festlegung der Ehrenamtsvergütung des Gemeinderats durch eine unabhängige Kommission, die den Arbeitsaufwand neutral bewertet anstelle von Selbstbezahlung**
Erläuternder Text: Der ewige Vorwurf einer Selbstbedienungsmentalität von Abgeordneten kann leicht dadurch entkräftet werden, indem das Gremium die Vergütung durch andere festlegen lässt (aber bitte nicht in Gegenseitigkeit!). Die Stadträtinnen und -räte werden dadurch entlastet sich für Anpassungen verteidigen zu müssen, das Verfahren kann wesentlich transparenter gestaltet werden (man redet nicht über sich selbst), und die Anpassung könnte häufiger und in kleineren Schritten geschehen.
- **Öffentliche Beratung aller Gemeinderatsentscheidungen außer zum Schutz der Privatsphäre und Schutzbedürfnisse Einzelner**
Erläuternder Text: Natürlich hat Transparenz dort ihre Grenzen, wo die Privatsphäre von Menschen betroffen ist. Das muss im Einzelnen festgestellt werden. Wo dieser Schutz der Persönlichkeit nicht im Vordergrund steht oder nur sehr konstruiert daher kommt hat die Öffentlichkeit auch ein Recht zu wissen wie diskutiert und argumentiert wird.
- **Sämtliche Tagesordnungen, Entscheidungen und Protokolle des Gemeinderats sowie der Ausschüsse sind standardmäßig online und analog zu veröffentlichen, sofern dem keine Datenschutzgründe entgegenstehen**

Erläuternder Text: Dieser Punkt ist die logische Folge des vorigen. Die Bürger sollen wissen was diskutiert wird, und auch was beschlossen ist. Insbesondere die online-Veröffentlichung erzeugt keine Kosten und wenig Mühe. der Zugriff auf die analogen Dokumente, die ohnehin geführt werden kann auch mit wenig Bürokratie organisiert werden.

- **Transparente Veröffentlichung der Finanzierung von Stadtbetrieben**

Erläuternder Text:

Bürgernahe Stadtpolitik

Als überzeugte Demokratinnen und Demokraten stehen wir für eine bürgernahe Politik. Bürgernah – das heißt für uns, Bürgerinnen und Bürger gut zu informieren *und* zu beteiligen. Denn Demokratie kann nur funktionieren, wenn sie die Bürgerinnen und Bürger mitnimmt und von allen gemeinsam getragen wird.

Oft entsteht bei Bürgern und Bürgerinnen der Eindruck, dass wenn eine Planung vorgestellt wird, die meisten Entscheidungen schon in Stein gemeißelt sind. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn schon viel Geld in die Pläne geflossen ist. Es ist aber auch so, dass die diskutierten Alternativen oft wenig bis nicht dargestellt werden, weil man ja einen Plan hat, den man so durchführen möchte. Da fühlen sich die Bürger und Bürgerinnen dann überrollt. Wenn eine solche Versammlung auch im Stadium der Skizze schon vorgestellt wird, können die Beteiligten noch ihre Ideen einbringen. Diese können dann erwogen werden, und bei der Festlegung des Planes angemessen gewürdigt werden.

Hierfür fordern wir:

- **Größtmögliche Transparenz und Sichtbarkeit von Verwaltungs- und Planungsvorgängen**
- **Frühzeitige Bürgerbeteiligung bei Großprojekten der Stadt**
- **Umgestaltung und Ausbau der Bürgerbeteiligung:**

- **frühzeitiges Anhören der Bürgerinnen und Bürger, Berücksichtigen ihrer Sorgen, Erfahrungen und Ideen statt „Bürgerbeteiligung“ in Form von Werbeveranstaltungen für ohnehin bereits Beschlossenes**

Erläuternder Text: Wir vertrauen in die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger, ihre Umgebung/Stadtteil/Gemeinde mitzugestalten. Deshalb fordern wir eine Erweiterung der Bürgerbeteiligung. So werden (Mit-)Gestaltungsspielräume geboten, wodurch die Frustration mit der Politik abnimmt. Wir müssen Demokratie und Bürgerbeteiligung endlich ernst nehmen!

- **Einführung von Bürgerräten nach irischem Vorbild (repräsentative Stichprobe der Bürgerinnen und Bürger sowie ausgewogene fachliche Informationen)**

Erläuternder Text: Bürgerräte nach irischem Vorbild haben den großen Vorteil, dass eine repräsentative Stichprobe der Bürgerinnen und Bürger gemeinsam nach Lösungen sucht und dann Empfehlungen an den Gemeinderat

ausspricht. Durch den Austausch – samt ausgewogener fachlicher Informationen – wird ein besseres Verständnis für die Bedürfnisse und Sorgen unterschiedlicher Gruppen entwickelt und diese finden bessere Berücksichtigung in den Lösungsvorschlägen.

- **Dezentralisierung der Stadtverwaltung und mehr Bürgerbüros in den Stadtvierteln außerhalb der Innenstadt**

Erläuternder Text: Bürgernah bedeutet auch dem Bürger entgegen zu kommen. Wer kurze Wege hat, erledigt seine Amtsgeschäfte leichter. Der Aufwand je ein kleines Büro in jedem Stadtteil zu unterhalten ist im Zeitalter der Digitalisierung überschaubar.

- **Stärkere Berücksichtigung, Anhörung und Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger- und Siedlervereine als lokale politische Interessensvertretungen**

Erläuternder Text: Es hat großen Sinn, vorhandenen Strukturen zu nutzen. Oft sind in den Bürger und Siedlervereinen schon viele Stimmen gebündelt.

- **Bürgerentscheide sind bedingungslos bis auf Widerruf durch einen erneuten Bürger- oder Ratsentscheid umzusetzen. Über die Möglichkeiten von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid wir die Kommune offensiv aufklären.**

Erläuternder Text: Bürger können gut über viele Dinge entscheiden. Das Instrument „Bürgerentscheid“ wird aber wenig bis nicht genutzt. Es liegt auch an den Gremien und der Verwaltung solche Prozesse anzustoßen und sie zu begleiten. Die damit verbundene Hoffnung ist, dass Menschen, die selbst entschieden haben, das Resultat auch besser akzeptieren. Dass ein solcher Prozess gegebenenfalls etwas länger dauert wird dadurch aufgewogen, dass die Diskussion in der Gesellschaft tiefer geführt wird.

- **Förderung der Partizipation von EU-Bürgern, damit diese sich repräsentativ in der Kommunalpolitik einbringen**

Erläuternder Text: Besonders im kommunalen Umfeld soll die Wohnbevölkerung in allen die Gemeinschaft betreffenden Fragen mitreden können. Eine Unterscheidung von EU-Bürgern und Nicht-EU-Bürgern ergibt sich nur aus den eventuellen Vorgaben des EU-Rechts.

- **Förderung der Partizipation nicht wahlberechtigter Nicht-EU-Bürger**

Erläuternder Text: Besonders im kommunalen Umfeld soll die Wohnbevölkerung in allen die Gemeinschaft betreffenden Fragen mitreden können. Eine Unterscheidung von EU-Bürgern und Nicht-EU-Bürgern ergibt sich nur aus den eventuellen Vorgaben des EU-Rechts.

- **Im Rahmen ihrer Vorbildfunktion verpflichten sich die Stadträtinnen und Stadträte dazu, in ihrer Funktion keine Inlandsflüge zu unternehmen.**

Erläuternder Text: Es wird häufig kritisiert, dass Umwelt- und Klimaschutzpolitik auf dem Rücken der Bevölkerung ausgetragen wird, während die dafür verantwortliche Politik von Ausnahmen profitiert. Um zu zeigen, dass Klima- und

Umweltpolitik alle betrifft und dass auch die Stadträtinnen und Stadträte zur Bürgerschaft gehören, gehen diese mit gutem Beispiel voran.

Digitale Verwaltung – Niemanden ausgrenzen!

Die Digitalisierung der Verwaltung bietet durchaus Vorteile wie z.B. die Beschleunigung oder Automatisierung von Verfahren sowie das Vermeiden eigentlich unnötiger Behördengänge. Außerdem bieten Online-Veröffentlichungen einen leichten Zugang für Menschen, die digital „unterwegs“ sind. Die Vorteile von digitalen Prozessen müssen genutzt werden, ohne Menschen auszuschließen, die vor allem analog unterwegs sind und bleiben möchten. Wir wollen die Vorteile der digitalen Verwaltung mit dem Recht auf eine analoge Verwaltung verknüpfen.

Deshalb fordern wir:

- **Ausbau der digitalen Verwaltung**

Erläuternder Text: Es hat keinen Sinn Formulare am Computer auszufüllen, sie auszudrucken, und dann wieder in einen Computer einzugeben. Online-Formulare, die direkt weiter verarbeitet werden können sind da auf jeden Fall vorzuziehen. Dabei muss es weiter die Möglichkeit geben, auch ohne Computer Amtsgeschäft zu erledigen. Hier sind dezentrale Bürgerbüros besonders wichtig (siehe oben).

- **Alternatives analoges Angebot sämtlicher Dienste**
- **Einführung weiterer Online-Dienste (z.B. Kfz-Ummeldung)**
- **Die IT-Infrastruktur muss sicher sein!!! Ein Hackerangriff wie 2023 auf die Karlsruher Schulen darf sich nicht wiederholen. Besonders bei personenbezogenen Daten muss ein hohes Niveau an IT-Sicherheit vorherrschen**